

Erstausgabe in Leipzig  
Wilhelm, Freitag, Sonntag  
Abonnementpreis  
Für ganz Deutschland 1 Mk. 50 Pf. und  
Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen Buchhändlern  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Wesige, Sadler und Bergmann, Sadler  
Königsberg auch auf den 1ten Monat  
bei Quartal 50 Pf.  
Inserate  
Wir, Verlegerinnen Dr. Wittke 10 Pf.  
bei, Verlegerinnen Dr. Wittke 10 Pf.  
bei, Verlegerinnen Dr. Wittke 10 Pf.

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Buchhandlungen und Buch-  
verlegungen des In- u. Auslandes.  
Hilal-Expeditoren.  
New-York: Exp.-Büro, 154 Broadway.  
Philadelphia: W. D. B., 400 North  
3rd Street.  
J. D. B., 1125 Charlotte St.  
Boston: N. J., J. H. B., 215 Wash-  
ington St.  
Chicago: H. B. B., 111 O'Farrell St.  
San Francisco: H. B. B., 111 O'Farrell St.  
London: W. D. B., 111 O'Farrell St.  
Golden Square.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 30.

Mittwoch, 13. März.

1878.

### Von der trockenen Guillotine.

Ein französischer Freund übersendet uns einen Ausschnitt des Flüchtlingsorgans „Centralisation“ mit nachstehender Correspondenz aus Neucaledonien, der eine redaktionelle Bemerkung vorausgeschickt ist:

Wir haben vorige Woche von einem Deportierten in Neucaledonien nachfolgenden Brief erhalten. Da dieser Brief an uns privatim gerichtet ist, haben wir es für rätzlich gehalten, einzelne Stellen anzulassen, die von Werth für die französischen Behörden wären, ohne den Leser groß zu interessieren. Man wird aus diesen in der einfachsten Sprache gehaltenen Zeilen erfahren, daß die Liebe unserer Freunde für die Sache der Revolution in demselben Maße gewachsen ist, daß ihre Hoffnungen in demselben Maße sich befestigten, in welchem die Verfolgung sich verschärfte. Griffac, Humbert, Roc de Tilleul, Amourouz und so mancher andere Märtyrer der sozialen Sache schmachten noch im Bagno, mitten unter Dieben, unter Mördern, unter jenem ganzen Schwarm von Verbrechern, ohne welchen die schöne Regierungs-Organisation Frankreichs nicht bestehen könnte.

(Anmerkung der Red. der „Centralisation“.)

Ne des Pins (Fichteninsel), 4. August 1877.

Meine lieben Genossen!

Ich wurde dem Gefangenendepot in Schloß Cleron überwiesen und blieb dort bis zum 5. Oktober; an diesem Tage wurde ich auf dem „Bar“ eingeschifft, der am 10. die Ankerlichtete und nach Neucaledonien abging; wir kamen am 9. Februar 1878 vor Noumea an und wurden am 17. auf der Fichteninsel ausgeschifft, wo ich heute noch bin und darauf harre, heimgeholt zu werden.

Was unsere Lage anlangt, so ist es schwer, dieselbe genau zu schildern; jede politische Veränderung in Frankreich macht sich uns fühlbar. Es war nicht genug an den Leiden, welche wir während der Herrschaft des von Thiers ernannten Gouverneurs Paricherie zu erdulden hatten — der Regierung der „moralischen Ordnung“ blieb es vorbehalten, zur Schmach Frankreichs und des ganzen civilisirten Europa die peinliche Frage und die Tortur für die Communards in Neucaledonien wieder einzuführen.

Glauben Sie nicht, daß ich übertreibe; ich erzähle einfach die Großthaten der Reaktion in Frankreich, seitdem Mac Mahon am 24. Mai 1873 Thiers Nachfolger wurde.

Nach der Entweichung unserer sechs Genossen Rochefort, Jourde, Pascal Grouffet, Ballière, Olivier Pain und Bastien und später noch Contant, wurden wir die Opfer eines noch heftigeren Ausbruchs reaktionärer Wuth. Ein gewisser Ribour, Contreadmiral, einer unserer erbittertesten Feinde, wurde nach Neucaledonien geschickt, mit ausgebreiteter Vollmacht, eine Untersuchung über die Entweichung anzustellen.

Nachdem er dahin entschieden hatte, daß wir nach der Fichteninsel geschickt werden sollten, fand er, daß die Behörden sich noch nicht graufam und hinfertig genug gegen uns gezeigt hätten, entthronen Gouverneur Paricherie, den Hofkapitän, den Visionsführer und den Deportations-Direktor Champlou ihrer Funktionen und ließ fünf Kanonen von Noumea, mehrere Marineärzte und einige Wächter anweisen. Dann ward der berüchtigte Alexron, der Verüber der Meiseien in der Kaserne Lobau und im Argembourg, durch jenen selben Ribour zum Gouverneur ernannt.

Nun trat uns gegenüber ein System der Unterdrückung und der Rache in Kraft, und der Haß schwoigte gleichsam aus allen Poren der Erlasse, die dieser Rasende bezüglich unserer erlief. Wir durften nicht mehr an's Meer und in den Wald; gleichzeitig wurde es uns verboten, das große Plateau der Insel zu betreten. Der Raum, der uns für die freie Bewegung blieb, schmolz damit auf 12 Kilometer Länge und 1 Kilometer Breite zusammen. Zwei Mal des Tages — zuweilen auch öfter — mußten wir, in zwei Gliedern wie die Soldaten, zum Appell antreten; es gab nie einen Contre-Appell und wenn man fehlte, mußte man es mit Nahrungsentziehung büßen.

Der elende Alexron wollte uns später wie Sträflinge zu schwerer Arbeit zwingen, aber wir haben uns dessen energisch geweigert, indem wir uns auf das Gesetz beriefen, welches uns von jeder derartigen Verpflichtung befreit. Aus diesem Kampfe gingen wir als Sieger hervor; trotzdem wurden 150 unserer Kameraden, fast ausschließlich solchen, die zuerst mit dem „Danabé“ angekommen waren, die Lebensmittel entzogen und wir waren genöthigt, zusammenzuschließen, um sie zu ernähren, oder vielmehr um zu verhindern, daß sie verhungerten.

Der dormalige Gouverneur ist im Monat März 1875 angekommen; man richtete eine Menge Beschwerden an ihn, er aber erließ einen Befehl, nach dem wir gezwungen sein sollten, vom 1. April 1875 ab für alle unsere Bedürfnisse selber zu sorgen, was eine einfache Unmöglichkeit war. Wäre dieses Dekret bühnlich zur Ausführung gelangt, so hätten wir binnen einer kurzen Frist nothwendig verhungert. Zum Glück fand ein Ministerwechsel statt und Herr Montaignac gab das Ministerium der Marine ab, um Fouquier Platz zu machen.

Seitdem werden wir etwas weniger mißhandelt; Sonntags und Donnerstags dürfen wir ans Meer und in den Wald, der Appell findet nur einmal täglich statt, und die Wächter haben ihr Auftreten zu einem etwas weniger provocatorischen gehalten; sie sind nicht mehr ganz so brutal wie zu Alexron's Zeiten. Man hat die Tortur abgeschafft, welche folgendermaßen gehandhabt wurde. Ein Stüd Holz, das in zwei Hälften auseinander fiel, war mit Lodern versehen, in welche die Weine gesteckt wurden; die Muskeln wurden nun zusammengedrückt, bis die andere Hälfte des Holzes sich an die erste schloß; man

hörte dann das Geschrei und das Wehklagen der unglücklichen Gefolterten. Dieselben blieben in dieser Lage acht und vierzehn Tage, zuweilen sogar drei Wochen und länger am Boden liegen; Einzelne haben drei Monate in dieser Lage zugebracht. Dieses Instrument, welches man „die Barre“ nannte, ist verschwunden, ohne daß ich es zu sehen bekommen hätte; ich bin wahrhaftig nicht böse darüber, denn ich wäre sonst jetzt fürs ganze Leben verhämmelt.

Doch genug — Alles läßt sich nicht erzählen; es giebt tausend Kleinigkeiten, die man nicht erzählen kann, und unter denen man doch aufs Empfindlichste leidet. Am Grausamsten ist es für uns (die Verfügung rührt noch von Ribour her), daß wir gezwungen sind, unsere Briefe offen aufzugeben und sie geöffnet zu empfangen; wenn sie Dinge enthalten, die den Herren nicht geniem sind, so werden sie einfach untergeschlagen.

Die Nachrichten aus Frankreich erfahren wir durch den „Officialen Moniteur für Neu-Caledonien“, welcher die von dem „Morning Chronicle“ in Sidney gebrachten Depeschen abdruckt. Wir kennen den Sturz des Ministeriums J. Simon und die Verhaftung des Präsidenten des Municipalraths von Paris, Bonnet Duverdier. Unbestimmte Gerüchte wollen wissen, daß die Linke der Versailler Kammer sich weigere, das Budget für 1878 zu votiren, wenn Mac Mahon nicht abtrete; über die Details aller dieser Ereignisse wissen wir nichts, denn die Depeschen sind kurz und lakonisch. Der am 5. Juli von Sidney eingetroffene Courier bringt uns ein Telegramm, welches die Auflösung der Kammer meldet. Was wird schließlich das Ende von Alledem sein?

Gestattet mir, lieben Freunde, bevor ich meinen Brief schlicke, auch noch ein paar Worte über diejenigen unserer unglücklichen Schicksalsgefährten zu sagen, welche zu Strafarbeit verurtheilt sind.

Es ist nicht schrecklich, Männer im Bagno zu sehen, deren Verbrechen darin besteht, für ihre politische und soziale Befreiung gekämpft zu haben? Glauben Sie ja nicht, daß man ihnen da einen Vorzug einräumt und Rücksichten auf sie nimmt; im Gegentheil — sie sind nicht bloß mit den Anderen vermischt, sondern sie werden sogar von der Verwaltung und von den Sträflingen, die auf Grund des gemeinen Rechts verurtheilt sind, mit scheelen Augen angesehen, weil sie ihre Würde sowohl den ersteren als den letzteren gegenüber stets wahren. Wenn man bedenkt, daß Männer wie Marotteau, H. Griffac, Al. Humbert, Roc de Tilleul, der ehemalige Maire von Puteaux und der arme Amourouz, mein alter Colleague in der Commune, und so viele andere brave Bürger, zusammengeworfen werden mit Dieben, Mördern, Bösewichtern von Profession, so erdrihet man über Frankreich und über die ganze civilisirte Welt.

Dieserjenige, welche frei sind, haben die Pflicht, sich vor Allem mit dieser Kategorie zu beschäftigen, wenn sie wollen, daß wenigstens Einige übrig bleiben sollen, denn die im Bagno durch Elend und Leiden erzeugte Sterblichkeit ist sehr groß.

Wir beweinen unsern armen, lieben Freund G. Marotteau! Hoffen wir, daß die Republikaner, welche das Land bei den nächsten Wahlen nach Versailles senden wird, nicht die nasen Pulthühnen sind, wie die heimgeschickten, und daß sie Energie genug haben, ihr Handeln auf die Höhe der Nothwendigkeiten des Moments zu erheben.

Wie viele zerstörte Haushaltungen, wie viele Familien in Trauer, wie viele Waisen, wie viele zertrümmerte Lebensstellungen sind die Folge der von den Feinden des Fortschritts getroffenen Maßregeln! Aber wer fragt nach persönlichem und privatem Interesse, wenn nur im Verlauf der Ereignisse die Demokratie triumphirt, wenn nur die echte, die soziale Republik als Siegerin hervorgeht — durch die Thatkraft unserer in Freiheit befindlichen Freunde und durch unsere moralischen und materiellen Leiden!

Wäge diese Revolution uns recht bald das Glück verschaffen, unsere Kinder wiederzusehen und uns im Sonnenschein der Freiheit die Hand zu drücken!

Ihr ganz ergebener Freund

E. . . .

### Ueber die russischen Senkerthaten.

verübt an den in Rumelien sich befindenden Polen, läßt sich der „Hamburgische Correspondent“, der immer eine ziemlich Portion Russenfreundlichkeit zur Schau getragen hat, aus Adrianopel vom 19. Februar Folgendes schreiben:

„Schon seit längerer Zeit waren Gerüchte im Umlauf gewesen, welche davon hatten wissen wollen, daß die Russen seit ihrer zweiten Balkanüberschreitung in allen Städten und Ortschaften, in welche sie einrückten, sämtliche im Dienste der Pforte stehenden Personen oder selbst harmlose Privatleute festgenommen und nach einem kurzen Prozesse vor improvisirten Kriegsgerichten hingerichtet hätten, falls nachzuweisen war oder auch nur der begründete Verdacht vorlag, daß die Betreffenden polnischer Abkunft seien. Es war bis heute nicht möglich, von dieser traurigen Angelegenheit in bestimmten Ausdrücken zu sprechen, erstens, weil die Gerüchte meist in ganz dunkler, vager Form austraten, zweitens und hauptsächlich aber, weil die militärischen Ereignisse sich in den letzten Monaten so sehr überstürzten, daß sie allein alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen und die Möglichkeit ausschlossen, jene Gerüchte strenger zu controliren, d. h. auf ihren thatsächlichen Gehalt zu prüfen. Heute nun sind diese Hindernisse weggefallen und ich will im Nachfolgenden versuchen, kurz festzustellen, was auf Grundlage verlässlicher Informationen von jenen Gerüchten als wahr bezeichnet werden kann. Es soll hier übrigens sofort constatirt werden, daß die folgende Darstellung auf erschöpfende Vollständigkeit nicht den geringsten Anspruch macht; sie umfaßt eben nur jene Fälle, die zu meiner Kenntniß gelangt sind und deren Genauigkeit mir von vertrauens-

würthen Gewährsmännern verbürgt wird. Daß in Wirklichkeit viel mehr Justifikationen vorgekommen sein dürften, als die nachfolgend angeführten, unterliegt gar keinem Zweifel; ich kann aber eben nur über das referiren, was in glaubwürdiger Art zu meiner Kenntniß gelangt ist. Uebrigens genügen auch diese wenigen Fälle schon, um darzutun: erstens, wie unersättlich der Haß der Russen gegen die Polen ist, zweitens aber, wie leicht und rasch der Russe das stolze Gewand der Humanität abstreift, wenn es sich für ihn darum handelt, seine Leidenschaften zu befriedigen.

Unter den vorgenommenen Justifikationen\*) muß man zwei verschiedene Arten unterscheiden. Zunächst solche, welche an Polen ausgeführt wurden, die entweder wirklich russische Unterthanen sind, oder doch bis zu ihrer Auswanderung in die Türkei russische Unterthanen waren. Solche Polen haben die Russen nur wenige ergriffen, denn obwohl deren ziemlich viele als Kerzte, Eisenbahnbeamte und selbst als Combattanten in türkischen Diensten stehen, wußten dieselben doch zu gut, was ihrer beim Erscheinen der Russen harre, als daß sie an irgend einem Orte so lange hätten zurückbleiben sollen, bis die russischen Colonnen einrückten. Einzelne Fälle kamen allerdings vor, daß auch solche Polen hinter der sich zurückziehenden türkischen Armee zurückblieben und dann von den Russen festgenommen und standrechtlich hingerichtet wurden; es waren das aber doch nur seltene Ausnahmefälle. Genaneres berichten läßt sich über dieselben um so weniger, als die Russen diese Gattung von „Prozessen“ mit einem dichten Schleier umgaben, — wahrscheinlich, um dabei in russisch Polen keine unnöthige Aufregung hervorzurufen.

Weniger geheimnißvoll wurden die Justifikationen solcher Polen behandelt, die nicht russischer, sondern österreichischer Herkunft waren. Die meisten dieser Leute hing man nämlich nicht auf die bloße Thatfache ihrer polnischen Herkunft auf, sondern man erhob nebstbei formaliter auch die Anklage gegen sie, daß sie den Türken Spionierdienste geleistet hätten und darum allein schon auf die Behandlung als Kriegsgefangene keinen Anspruch erheben könnten. Deshalb nahm man die Justifikationen an solchen Polen ganz ohne Scheu und öffentlich vor. In der Regel wurde das Urtheil auf dem Hauptplatze des Ortes vollzogen, in welchem die Leute festgenommen worden waren, und zwar rückte dazu nicht nur die ganze Militärbrigade aus, sondern man trug auch Sorge dafür, daß die Civilbevölkerung der Gegend ziemlich zahlreich zu dem traurigen Akte zusammenströme. In einzelnen Fällen ließ sich dieser oder jener Corpscommandant die Brutalität zu Schulden kommen, daß er die Delinquenten mit Begleitung der Militärkapellen zum Richtplatze führen und die Exekution unter den Klängen der Russen vornehmen ließ. Das Voos dieser zweiten Serie von Polen muß um so beklagenswerther genannt werden, als die Leute sich ohne Ausnahme im Besitz österreichischer Pässe befanden und als sie alle mit Rücksicht darauf der Ueberzeugung waren, daß sie nichts zu fürchten hätten. Nur deshalb blieben sie — namentlich diejenigen unter ihnen, welche als Kerzte in türkischen Diensten standen — nach dem Abmarsche der türkischen Abtheilungen ruhig und erwarteten ruhig das Einrücken der Russen. Hätten sie ahnen können, was ihrer horre, so wären die allermeisten leicht im Stande gewesen, sich noch rechtzeitig zu entfernen. Ihr Vertrauen auf die österreichischen Pässe, welche sie in der Tasche hatten, wurde aber in der entscheidenden Weize getäuscht. Kein russischer Commandant legte auf diese Pässe nur den geringsten Werth oder betrachtete die österreichische Unterthanenschaft der festgenommenen Polen als ein Hinderniß, die letzteren hinzurichten. Diese Erscheinung muß um so auffallender und für Oesterreich um so weniger schmeichelhaft genannt werden, als man sich in keinem einzigen Falle dieselbe brutale Rücksichtslosigkeit auch gegen solche Polen erlaubte, welche die Vorsicht gebraucht hatten, sich mit englischen Pässen zu versehen, ehe sie nach der Türkei kamen. Diese verschiedene Behandlung österreichischer und englischer Pässe ist so notorisch, daß man sich wohl überzeugt davon halten muß, die österreichische Regierung werde die Angelegenheit auf der europäischen Conferenz zur Sprache bringen und von Rußland kategorisch Satisfaction verlangen.“

Die einzelnen Fälle, die unter den zahlreichen Hinrichtungen an die Öffentlichkeit gedrungen sind, haben wir in Nr. 26 des „Vorwärts“ mitgetheilt. Die Weltgeschichte ist um ein an den Polen begangenes Verbrechen reicher; diejenigen Deutschen aber, welche die russischen Kulturkämpfer direct oder indirect unterstützen, verrathen ihr Vaterland und schänden die Civilisation.

### Aus Amerika.

New-York, 22. Februar.

Die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise machen sich in unserer sogenannten „freien Republik“ gerade so bemerklich wie anderwärts; Luxus und Ueberfluß auf der einen, Noth, Hunger und Entbehrung auf der anderen Seite. Tausende und Abertausende von fleißigen Arbeitern sind arbeitslos und brodlos — in Philadelphia sind es über 30,000 —, aber sie verdienen kaum so viel, um die allernothwendigsten Bedürfnisse befriedigen zu können. Um die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben, die Bohne hingegen zu brücken, haben die Winensbesser in den Lehigh Kohlenregionen ein Ueberflommen getroffen, für zwei Monate die Arbeiten in den Gruben einzustellen. In Folge dieses Beschlusses wurde auch der Eisenbahnverkehr in jenen Kohlenregionen für zwei Monate suspendirt.

Durch diesen unsäglich rohen Willkürakt der Kapitalisten

\*) Eigentlich Rechtsfertigungen, Rechtsabfertigungen — gewöhnlich nennt man so, in Oesterreich namentlich, die militärischen Hinrichtungen.

kamen nicht weniger als 15,000 Gruben- und Eisenbahnarbeiter außer Beschäftigung.

Die Wilkesbarre Coal Compagnie hatte ihre Minen auch eine Zeit lang geschlossen, weil sich die Arbeiter den ihnen zugemuteten 10 Proz. Lohnabzug nicht gefallen lassen wollten. In Folge der oben erwähnten Ausperrung der Arbeiter waren billige Arbeitskräfte zu haben, weshalb die letztgenannten Minen geöffnet und die ausgesperrten Arbeiter eingestellt wurden. Die Minen sind nun wieder im vollen Betriebe und werden in denselben 6000 Arbeiter und über 1000 Kinder beschäftigt. — In den Kenselaer Mills und in den Albany Iron Works in Troy wurden über 1000 Arbeiter entlassen, weil sie sich die schamlose Beschneidung der ohnehin knappen Löhne nicht ruhig gefallen lassen wollten. Die Kapitalisten veranhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben und die Arbeiter durch den Hunger zu zwingen, sich die schamlosesten Lohnreduktionen gefallen zu lassen, die Arbeitsausperrungen, welche leider nicht selten Erfolg haben. So wurden z. B. die Kohlengraber von Belleville, welche gegen eine Lohnreduktion von 25 Proz. im Auslande waren, durch den Hunger befreit. In vielen Kohlengruben werden den Bergleuten bloß 40 Cents (= 2 Mark) bezahlt. Kurz und gut: Roth und Elend wohin man blickt. Der Markt ist mit Arbeitskräften überfüllt, wenn auch nur für bread and butter (Butterbrot), wie der Felsänder sagt, gearbeitet werden muß. Mit welcher Gewissenlosigkeit die Kapitalisten vorgehen, wie wenig sie nach Leben und Gesundheit anderer Menschen fragen, wenn es sich um ihren „Profit“ handelt, beweist die Untersuchung, welche in Bezug auf den gescheiterten Dampfer „Retropolis“ stattfand. Das genannte Schiff war, als es in See ging, nicht im Stande, eine längere Reise auszuhalten, sein Untergang war voranzusehen. Wie aus Zeugenaussagen hervorgeht, ertheilte einer der Eigentümer dem Kapitän vor der Abfahrt die Weisung, er solle, falls ein Unfall passirte, „keine halbe Geschichte“ daraus machen; das Schiff sollte vollständig zum Bruch werden. Es war aber auch in einem äußerst miserablen Zustande und war so verkauft, daß man das Holz mit dem Fuße von den Planken abstoßen konnte. Die Menschen waren dem Tode geweiht; doch dies kümmerte die Besitzer nicht, weil sie die Versicherungssumme einstreichen und lieber einige Duzend Menschenleben als das Geld aufs Spiel setzen wollten.

Bezeichnend für die herrschende Noth ist der Umstand, daß eine Stunde, nachdem die Nachricht von dem Untergange des Schiffes in Philadelphia eingetroffen war, die Office (Bureau, Comptoir) der Besitzer von Hunderten von halbverhungerten, anständigen Leuten umdrängt war, die um die Stellen der muthmaßlich ertrunkenen Arbeiter nachsuchten.

Hier in New-York haben sich bei einer Agentur über 1000 Personen gemeldet, die als Tagelöhner oder Handwerker in einem Klipperdampfer, welches nach Sibirien abgehen sollte, Aufnahme suchten. Selbstverständlich bilden diese Leute nur einen winzigen Bruchtheil der großen Masse armer beschäftigungsloser Menschen; es sind meistens fleißige, genügsame Männer, der Mehrzahl nach Familienväter, die in Folge unserer „göttlichen Weltordnung“ außer Arbeit gekommen sind.

Einen nicht zu unterschätzenden Concurrenten hat die „freie“ Arbeit in der Gefängnisarbeit. Im Staatsgefängnis zu Trenton z. B. sind gegenwärtig gegen 600 Gefangene mit Schuhmacherarbeit beschäftigt. Die „Fabrikanten“ bestellen die Waare im Gefängnis; — weil sie dieselbe billiger bekommen, als sie von „freien“ Arbeitern hergestellt werden kann — verstehen sie mit ihrer Firma und bringen sie als „eigenes Fabrikat“ auf den Markt. Ein einziger „Schuhmaarenfabrikant“ bestellte im genannten Staatsgefängnis für 80,000 Dollar Beschuhung. Die Gefängnisarbeit wird — weil sie billig ist — protegirt, während außerhalb der Gefängnisse das Geschäft brach liegt und die Arbeiter geradezu für Hungerlöhne arbeiten müssen.

Die große Noth, welche unter den Arbeitern herrscht, und die Furcht, diese könnten am Ende doch nicht ruhig verhungern wollen, veranlaßte die Behörden von San Franzisko, einige Maßregeln zu treffen. Es wurden Erdarbeiten in Angriff genommen. Gleich am ersten Tage sandte sich etwa 1000 Mann ein, von welchen jedoch nur 330 sofort angestellt wurden, die Uebrigen wurden auf einige Tage später bestellt, weil das nöthige Fahrwerk nicht vorhanden war. Diese Arbeiter erhalten einen Dollar pro Tag — im Verhältnis zu der Theuerung aller Bedürfnisse äußerst wenig —, Knaben erhalten 50 Cents. „Herrliche Weltordnung!“ Männer, welche in ihren Berufsweigen tüchtig sind und etwas Ordentliches gelernt haben, müssen es noch als eine Gnade ansehen, wenn sie Erde schaufeln oder Steine klopfen dürfen und dabei knapp so viel verdienen, um den Hunger zu stillen.

## Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts“ [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

Das System des Kulakentums besteht im Wesentlichen aus einer möglichst großen Anzahl von Bauern, resp. Arbeitern. Sobald der Bauer in das Reich des Kulaks hineingerathen ist, bleibt dem Letzteren nur die „schwere“ Arbeit, den Erkeren soviel wie nur möglich auszubenten; und aus das Ausbenten versteht sich der Kulak sehr gut. Sein westeuropäischer Kapitalist würde je im Stande sein, ihn in diesem „edlen“ Metier zu übertreffen.

Der Kulak besitzt eine große Masse von Mitteln, durch die er die Bauern zwingt, für ihn zu arbeiten. Das beste Mittel dazu bietet der Staat, der dem Kulak in die Hände arbeitet. Eine Petersburger Zeitung spricht sich darüber folgendermaßen aus: „Es ist Frühlings-Anfang... die Zeit, wo der Bauer weder Geld noch Brod hat; eine sehr schwere Zeit. Im März müssen die Steuern für die erste Hälfte des Jahres bezahlt werden, und sehr wenige Gouvernements giebt es, wo die alten Steuerrückstände bezahlt wären. Das Geldleihen behufs Deckung der Steuern ist in den letzten Jahren zur gewöhnlichen und normalen Erscheinung im Leben unserer Bauern geworden. Nicht nur die armen Bauern, sogar die wohlhabenden müssen jetzt zur Anleihe greifen.“ Die Zeitung spricht hier von solchen Anleihen, deren Prozente mit Geld bezahlt werden und läßt nur die geringsten Prozente — 20—40 Proz. an. Gewöhnlich sind die jährlichen „nachschüssigen“ Prozente 48, die normalen 60 Proz., die etwas höheren 120, und die ganz hohen 240, in einzelnen Fällen sogar 300. Der Schwindel hat hier bei solchen Prozentgeschäften eine sehr hohe Stufe der Vollkommenheit erreicht. So z. B. erzählt ein Correspondent aus dem Gouv. Nischni-Rowgorod: „ein Bajchi-Bozuk“ aus unserer Gegend kauft alle Lebensmittel auf, um sie nachher den armen Bauern für hohes Geld zurückzukaufen. Seine Hauptbeschäftigung ist aber der Wucher. Den Bauern giebt er anstatt Geld Lebensmittel oder andere Waaren. Bei solchen Spekulationen werden nur 60 Proz. ge-

Es ist wirklich die höchste Zeit, daß diesem Produktions-System ein Ende gemacht werde.

W.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Nach den neuesten Nachrichten ist es wahrscheinlich, daß der Congress in Berlin zusammenzutreten wird. Zum Dank für die Rußland geleisteten Dienste würde dann Fürst Bismarck die Ehre haben, präsidiren zu dürfen. Die österreichische Regierung hat sich offenbar ganz resignirt; auf die Interpellation betreffend die Hinrichtung österreichischer Unterthanen (Polen) durch die Russen antworteten die Minister, die Nachricht, daß österreichische Unterthanen hingerichtet worden, habe sich nicht bestätigt. Und doch ist es unzweifelhaft wahr; vermuthlich hatte man ihnen vor der „Verurtheilung“ die Legitimationspapiere abgenommen, so daß die Unglücklichen für ihre Decker also keine österreichischen Unterthanen, sondern bloß Polen waren. Wer zu feig oder schwach ist, dem Feinde die Stirn zu bieten, igno- rirt auch den kräftigsten und unzweideutigsten Fußtritt, den dieser ihm ertheilt. Rußlands Reichthum sucht man die Oesterreicher zur Verlegung von Bosnien und der Herzegowina zu verleiten — Andraffy ist kapabel, auf den Weim zu gehen.

— Der deutsche Reichstag hat das Stellvertretungsgesetz, welches nicht gebauen und nicht gestochen ist, unverändert angenommen, nachdem Fürst Bismarck den Nationalliberalen den väterlichen Rath ertheilt hatte, doch ja auf Geltendmachung ihrer „konstitutionellen“ Schranken zu verzichten. So verließ denn auch die Debatte ohne jegliche Erhebung; langweiliger — das wird von allen Parteien mit rührender Einstimmigkeit zugestanden — war der Reichstag niemals; und das will wahrhaftig viel sagen.

— Die geplante Tabaksteuererhöhung, welche nach der einmüthigen Verurtheilung durch alle Parteien nach der ersten Lesung im Reichstage in einer Commission „begraben“ wurde, fängt an, wieder lebendig zu werden. Die Nationalliberalen werden den Wünschen des Fürsten Bismarck nachgeben und die Tabaksteuererhöhung in „irgend einer anderen Form“ zur zweiten Lesung und zur Annahme bringen. So steht es geschrieben in den Moniteurs dieser Partei. — Es war uns auch sehr wunderbar, daß die Herren Liberalen dem Fürsten Bismarck auf die Dauer Widerstand leisten wollten — dies wäre das erstmal gewesen. Wahrlich es ist nicht so leicht, seine Natur zu verleugnen, am wenigsten für die — „Hunde sind wir ja doch!“

— Wie traurig es mit dem Schulwesen im Intelligenzstaate Preußen aussieht, davon geben die auf Anregung des Landesvereins stattgefundenen Aufnahmen über die Verhältnisse der Volksschule in der Mark Brandenburg genauen Aufschluß. Diefelben ergeben, daß in 836 Ortschaften unter 1604 Schulstellen 418 ungenügend und 114 gar nicht besetzt sind. Die Schülerzahl vertheilt sich in der Weise, daß 148 Stellen je 80 bis 100, 95 je 100 bis 120, 83 je 120 bis 150, 33 je 150 bis 180, 16 je 180 bis 200 und 14 über 200 Kinder haben. Am ungünstigsten stellt sich das Verhältnis für Ortschaften mit ein-, zwei- und dreiklassigen Schulen. Nachrichten sind aus 787 solcher Ortschaften mit 894 fundirten Stellen vorhanden; von diesen sind ungenügend versehen 342 und unbesezt 70, so daß bei der Maximalzahl von 80 Schülern noch 368 Klassen neu errichtet werden müßten.

— Der Hungertyphus in Schlesien zieht immer weitere Kreise. In Oberschlesien graben sich, ist diese gefährliche Seuche jetzt auch in Mittelschlesien ausgebrochen und hat ganz neuerdings ihren Eingang sogar in Breslau gehalten; wenigstens meldet die „Wahrheit“, daß bis zum 1. März in Breslau nicht weniger als 12 Typhuserkrankungen zur ärztlichen Anzeige gebracht worden sind. Und die preussische Regierung, was thut sie, um die furchtbare Seuche zu unterdrücken? — Sie sinnt auf Mittel und Wege, wie von Reichswegen durch neue Steuern die Ebbe in den Staatskassen in Fluth verwandelt werden kann. Es ist das ein sehr probates Mittel, das arbeitende Volk vor Hunger zu bewahren, jedenfalls ebenso probat, als wenn ein Arzt einen Beinbruch dadurch kuriren wollte, daß er den Beinbrüchigen von einem Thurme hinabstürzt.

— Preßdragonaden. Der Nr. 4 des „Arbeiterfreund“ in Reichenberg in Böhmen ward die Ehre zu Theil, in zwei Auflagen konfisziert zu werden; die dritte Auflage endlich fand Gnade vor den Augen der Censoren, aber auch erst, nachdem

namen. Ganze Dörfer sind in der Gewalt solcher Blutlanger. Alle wissen es, aber es läßt sich nichts dagegen machen.“ Der Bauer, wenn er sich sogar in der größten Noth befände, würde nie ein Anlehen machen. Erst die Regierung, die Dorfgemeinde und noch mehr die reichen Bauern nöthigen ihn dazu, da die reichen Bauern und die Gemeinde für die Steuern haftbar sind. Mit den armen Bauern verfährt die Gemeinde ganz nach Belieben: sie verkauft den Bauern resp. seine Arbeitskraft an den Meistbietenden, und das so gelöste Geld fällt dem Steueramte zu. Der verkaufte Bauer hat kein Recht, dagegen Einwendungen zu machen. Wenn er halsstarrig wird, so bekommt er Prügel. Den Dorfwucher betreiben die reichen Bauern, die adeligen Gutsbesitzer und sogar der „Bajuschka“ (der Dorfgeistliche). „Durch solchen Wucher verarmen ganze Bezirke, ganze Dörfer werden ruiniert“, sagt ein Correspondent. Das sind sozusagen die kleinen Ausbeuter.

Die großen Kulaki haben ganze Gouvernements in ihrer Gewalt. So im Tuler Gouvernements, wo der Gutsbesitzer, Kulak Manin, beinahe 10,000 Bauernfamilien in seiner Gewalt hält. Der Unterschied zwischen den kleinen und großen Kulaki besteht darin, daß sich erstere die Prozente in Geld, — letztere in Arbeit bezahlen lassen. So z. B. borgt der oben angeführte Tuler „Bankier“ Manin den Bauern Geld mit der Bedingung, die Prozente in Arbeit zu bezahlen. Für vorgehoffene 12—15 Rubel auf ein paar Monate fordert Manin folgende Arbeit: Der Bauer verpflichtet sich, eine Desjatina (4,2 Morg.) zu bearbeiten, zu pflügen, die Ernte einzubringen und in die Scheune zu schaffen. Das vorgehoffene Geld muß selbstverständlich zurückgezahlt werden. Und so wie der Kulak Manin, so sind auch alle seine Kollegen die Gutsbesitzer. Gewöhnlich für ein Tschetwert (3,8 Scheffel Korn) muß der Bauer 2 Desjatinen (8,4 Morg.) bearbeiten, welche Arbeit nach mäßigen Preisen mit 6—7 Rubel bezahlt wird. Ueber die abhängige Lage der Bauern im Oelower Gouvernements schreibt ein dortiger Correspondent folgendes: „Im Herbst, sobald der Bauer seine Ernte zusammenbringt, wird sie sogleich zur Deckung der Steuern, der Rückstände und Schulden verwendet, d. h. man beraubt den Bauern und kümmert sich wenig darum, wovon er und seine Familie den Winter hindurch leben werden. Selbstverständlich ist der Bauer nach einer solchen Liquidation seines Eigenthums gezwungen, auf die Gefahr hin,

die beanstandeten Artikel aus den Spalten des Blattes entfernt worden waren. — Dem „Sozialist“ in Wien erging es nicht besser, wie aus dessen Nr. 7 zu ersehen ist, in der die Redaktion Folgendes zur Kenntniß der Leser bringt:

„Die erste Auflage unseres Blattes wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft wegen des ersten Artikels „Der Anfang vom Ende“, ferner wegen des zweiten Artikels „Der Sozialismus und seine Widersacher“ und endlich wegen der „Wochenchau“ mit Beschlagnahme belegt und die Satzformen unter Siegel gebracht. — In Folge des massenhaft inkriminirten Stoffes und der von Seite der Regierung verweigerten Entlassung der Formen — auch des nicht beanstandeten Theiles — sind wir nicht in der Lage, das Blatt in seinem sonstigen Umfange erscheinen zu lassen; wir werden jedoch bestrebt sein, unsere geehrten Abonnenten durch eine Beilage der nächstfolgenden Nummern zu entschädigen.“

— Der Strike unter den Bergarbeitern von Montceau-les-Mines (nicht M. an les M.) dauert fort. Die dorthin beorderten Truppen stehen unter dem Commando des berühmten Nordhuben und — Louis' seiner eigenen Frau, des Generals Marquis von Gallifet, der auch den in ihn gesetzten Erwartungen entsprochen und die in voriger Nummer bereits erwähnte Meuterei ins Werk gesetzt hat. Der Gallifet und seine Auftragsgeber kennt, kann nicht den leisesten Zweifel haben, daß es hierauf abgesehen war. So löst die französische Republik neuester Area die soziale Frage.

— In dem Musterausbeuterstaat Belgien war ein Mitglied des Repräsentantenhauses neuerdings naiv genug, den Antrag zu stellen, daß die Frauennarbeit in den Bergwerken ganz in Wegfall kommen sollte. Dieses Attentat auf die Interessen der Ausbeuter fand natürlich keine Anhänger, jedoch waren die Herren „Repräsentanten des Volkes“ gnädig genug, einen Gegenentwurf anzunehmen, nach welchem unter 12, Mädchen unter dem 12. und Knaben unter dem 13. Lebensjahre fernerhin in Kohlengruben zu beschäftigen. Man kann sich denken, welche riesige Dimensionen die Ausbeutung der Kinder in Belgien angenommen haben muß, wenn selbst Kapitalisten sich zu deren Einschränkung bequemen müssen.

— Eine Geschäftsordnung. Das „Journal für Buchdruckerkunst“ veröffentlicht eine Geschäftsordnung der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart, die allerdings werth ist, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden. Diese Geschäftsordnung lautet:

Jeder der im Hinterhaus der Buchhandlung Angestellten hat in geschäftlicher Anordnung Herrn Koch unbedingten Gehorsam zu leisten.

Etwasige Reklamationen sind in bescheidenster Weise und, sofern deren Erörterung im Geschäftslokal unzumuthbar erscheint, beim Herrn Chef bzw. dessen Vertreter vorzutragen.

Jeder Angestellte hat mit dem Wochenanfang 8 und 2 Uhr im Geschäft zu sein und dasselbe pünktlich um 12 und 7 Uhr zu verlassen. Arbeiten nach den Bureaustunden können im Fall eiliger Aufträge angeordnet werden. Während der Bureaustunden ist einzig und fortgesetzt ohne Unterbrechung für die Handlung zu arbeiten und sind a. das Lesen von Zeitungen und Zeitchriften, b. Frühstück und Vespern, c. Privatunterhaltung, d. Aufenthalt ohne Beschäftigung in den Paktolen durchaus nicht gestattet.

Sofort einer der Angestellten mit dem ihm übertragenen Penum nicht alle Geschäftsstunden ausfüllen kann, hat er auch ohne besondere Aufforderung hierzu sich an den Arbeiten seiner Mitangestellten zu betheiligen.

Urlaube, gleichviel ob von noch so kurzer Dauer, sind keineswegs selbstverständlich und nur Herrn Koch zur Kenntnisknahme zu bringen; sie werden vielmehr von den geschäftlichen Verhältnissen abhängig gemacht, sind zu erbitten, und hängt ihre Gewährung bei einem oder mehreren Tagen von der Genehmigung des Herrn Chefs oder der Herren Procuristen, bei längerer Dauer von der des Bureauchefs ab. Letzterem ist auch bei Urlaubsgefallen von längerer Dauer (zur weiteren Motivierung an betreffender Stelle) vorher geeignete Mittheilung zu machen. Die Angestellten (folgen fünf Namen) arbeiten im Turnus auch Sonntags von 9—10 Uhr zur Erledigung der Briefpost.

Den Padern ist bei Strafe sofortiger Entlassung untersagt, Zeitungen, Bier und Lebensmittel den angestellten Gehilfen zuzutragen.

Seine Familie verhungern zu lassen, ein Anlehen in Brod zu machen. Sein Wohlthäter, der Nachbar-Kulak, giebt ihm das geforderte Brod mit der Bedingung, ihm (dem Kulak) bei der nächsten Ernte die Prozente durch Arbeit zu vergüten. Mit solchen „glücklichen“ Spekulationen, sagt der Correspondent weiter, beschäftigen sich die meisten Gutsbesitzer, Pächter und Verwalter. Jahr- oder Halbjahrarbeiter giebt es hier gar nicht. Die Tagelöhner bekommen keinen Lohn, denn sie verrichten die Arbeit für die den Gutsbesitzern schuldigen Prozente. Der Gutsbesitzer kann den Bauern in jeder Jahreszeit und zu jeder beliebigen Arbeit auffordern; am meisten muß er auf die Arbeit zum Gutsbesitzer, wenn er selbst sein eigen Feld zu bestellen hat, d. h. in der für die Landwirthschaft günstigsten Jahreszeit. Wehe dem Bauer, der dem Gutsbesitzer nicht Folge leistet.“

Das ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in der Landwirthschaft eines sehr großen Theiles von Rußland. Aber das in der russischen Landwirthschaft herrschende Kulakentum ist je nach der Dichtigkeit ungemein mannigfaltig. In einigen Gouvernements, wie Kursk, Orel u. A. nehmen die Bauern Land in Pacht. In solchen Fällen zahlen sie für die Desjatina (4,2 Morgen) 15, 20 und sogar 24 Rubel (37 bis 60 Mark), so daß sie nur für den Gutsbesitzer arbeiten. Der Gutsbesitzer ist sich bewußt, daß es unmöglich ist, 15 oder 20 Rubel für die Desjatina zu zahlen, aber er will nur den Bauern in seinem Reich fangen, und dann gehört ihm der Bauer mit Leib und Seele, da er nie aus den Schulden herauskommt. In einigen Gegenden gerathen auf solche Weise ganze Dörfer in ewige Knechtschaft. Wo aber der Gutsbesitzer durch materielle Mittel den Bauern nicht heranzulassen kann, da wird durch den Schulden (der selbst Kulak ist), den Kreisrichter oder durch die „gebildeten“ Landesverwalter auf den Bauern gewirkt. Z. B. in Sibirien, wo es sehr wenige Landarbeiter giebt, werden die Bauern durch die Landesverwaltung oder die Soldaten aus den Garnisonen zu den Sommerarbeiten commandirt. Durch solche Mandate werden die Arbeitslöhne natürlich herabgedrückt, es sind aber noch keineswegs alle die oben angeführten Formen der Ausbeutung des Landarbeiters durch das Kulakentum erschöpft, denn es giebt noch eine große Masse solcher Kunststücke, die wir aber unerwähnt lassen.

Es kann nicht Wunder nehmen, wenn die russische Land-

Zumiderhandlungen gegen diese Geschäftsordnung werden unanständig, auch bei den Gehilfen, mit Entlassung geahndet. Hierzu machte Herr Koch noch folgenden Zusatz:

Die Anlage lasse ich im Auftrage des Herrn Baron von Cotta circuliren und habe, da im Eigentlichen jeder Paragraph an und für sich selbstverständlich ist, nur noch wenige Worte hinzuzufügen.

Mit dem 1. Dezember wird bei sämtlichen mir unterstellten Herren unter allen Umständen das Lesen hierorts erscheinender politischer Zeitungen aufgehört und sind demgemäß etwaige Abonnements nicht zu erneuern; die Comptoirbedienten erhalten von mir strikten Befehl, derartige Zeitungen nicht mehr ins Haus zu bringen, widrigenfalls sie ohne Weiteres aus dem Geschäft entlassen werden. Im Uebrigen gilt die Geschäftsordnung für alle genannten Herren gleich und hat Niemand für sich eine Extrastellung zu vermuthen.

Schließlich betone ich noch, daß die Arbeit sofort mit dem Eintritt ins Comptoir zu beginnen und bis zum Schluß anzudauern hat. Die Sprechstunden im Paktolale sind keineswegs gestattet.

Zum Beweis, daß die Anlage nach dem Befehl des Herrn Baron circulirt, hat jeder der Herren sein Vidi hinter seinen Namen zu setzen.

Stuttgart, 28. Nov. 1877. F. A. Rudolf Koch.

Rehrere der Beamten haben sofort auf solche Zumuthungen hin gekündigt, einer darunter, der schon 16 Jahre dem Cotta'schen Geschäft angehört. Man sieht aber aus dieser Geschäftsordnung, daß die Handlungs- und Buchhandlungscommis keinerlei Veranlassung haben, auf die Vohnarbeiter verächtlich herabzublicken — sie sind Proletariat wie diese!

— Die Münchener Parteigenossen waren nicht wenig überrascht, als ihnen die dortige Polizeidirection vor einiger Zeit eine Verfügung zustellte, durch welche Ausländern, zu denen auch die Deutschen, die nicht die Ehre hatten, in Bayern das Licht der Welt erblickt zu haben, gezählt wurden, die Theilnahme an den Versammlungen des Münchener sozialdemokratischen Clubs unterlag wurde. Der Verfügung folgte die Beschwerde natürlich auf dem Fuße, der Bescheid dagegen ließ um so länger auf sich warten. Endlich, nach monatelangem Harren, ward von der Regierung zu Oberbayern folgender weise Spruch gefällt: „Es könne nicht in Abrede gestellt werden, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes und dem Commentar Böhl's die Theilnahme von Nichtbayern an politischen Versammlungen nicht direkt verboten sei, allein es sei anzunehmen, daß im sog. Klub bei den Debatten auch bayerische und deutsche Angelegenheiten berührt werden, mithin die von der Polizeibehörde verfügte Ausweisung von Ausländern aus dem genannten Vereine vollständig gerechtfertigt erscheine.“ Natürlich werden unsere Münchener Genossen sich bei diesem Bescheide nicht beruhigen und an die höhere Instanz recurriren, wozu ihnen ja der Artikel 3 der Verfassung des deutschen Reiches die beste Handhabe bietet, nach welchem „der Angehörige (Unterthan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zc. zc. ist.“

— Der Prozeß gegen die „Erfurter Volkszeitung“, der wegen Beleidigung des verstorbenen Königs von Italien angehängt war, ist zurückgezogen worden. Entweder hat die Staatsanwaltschaft eingesehen, daß der brave Viktor ein derartiger saubere Patron war, wie er geschildert wurde, oder aber der Staatsanwalt hatte in seinem Uebereifer ohne einen Antrag des jetzigen Königs den Prozeß angehängt.

— Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, Genosse Julius Heiland, wurde am 6. März von der Justizpolizeikammer zu Oberfeld wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Bredt zu 3 Monaten und 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsprokurator beantragte für Majestätsbeleidigung 3 Monate, für die Beleidigung des Oberbürgermeisters 6 Wochen, in Summa 4 Monate Gefängniß.

— Der frühere Redakteur der „Thüringer Fr. Presse“, Genosse Ulrich, ist wegen „Lehrerbeleidigung“ zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Da die „Beleidigung“ durch einen Artikel begangen sein soll, der sich mit der Sedanfeier beschäftigte, so wird wohl ein reichspatriotischer Prügelpädagoge es sein, der nur zu dem Zwecke Strafantrag stellte, um sein Rütchen an einem Sozialisten zu kühlen.

wirtschaft insolge dieses scheußlichen Systems zu Grunde geht, das beflügelt sogar die Walunew'sche Commission). Eine gute Regelung der Landwirtschaft ist nur dann möglich, wenn die Bauern von ihren „Anteilen“ Landes ganz enterbt und zu Proletariern würden. Die Landarbeiter, sagt man uns, sind faule Leute, sie arbeiten ungeru und nachlässig; sie betrachten den Gutsbesitzer als ihren persönlichen aber nicht als Klassenfeind. Wo der Arbeiter, wie im Auslande, seines Lohnes sicher ist, dort wird die Arbeit gut verrichtet. In Rußland aber hat der Arbeiter gar kein Interesse an der Arbeit. Uebrigens sind die Gutsbesitzer an dem Niedergang der Landwirtschaft selbst Schuld. Das westeuropäische „Kapital“ braucht zu seinen Funktionen gar nicht der Thätigkeit des Kapitalisten; das „Kapital“ häuft sich ohne Hülfe des Kapitalisten an. In Rußland aber muß der Kapitalist selber noch thätig sein und durch seine Thätigkeit dem Kapital helfen. Von seiner persönlichen Energie, von seinen Fähigkeiten, gute und viele Arbeiter heranzuloden, hängt der Erfolg seiner Wirtschaft ab. Bei unseren schönen Rechtszuständen, bei der allen bekannten Unfähigkeit des größten Theiles unserer Gutsbesitzer ist dieser Umstand von großer Bedeutung. Und unsere Gutsbesitzer, anstatt ihre eigene Unwissenheit zu erkennen, schieben die Schuld des Niedergangs der Landwirtschaft den Bauern in die Schuhe, indem man letztere der Faulheit und Trunksucht, Nachlässigkeit u. s. w. beschuldigt. Mit einem Worte, so lange zwei Wirtschaften — eine gutsherrliche und eine Bauernwirtschaft — nebeneinander existiren werden, so lange werden sie einander nur schaden. Die Verfechter der jetzigen Ordnung müssen die Bauernwirtschaft, dieses große aber jetzt verfallene Prinzip des gemeinschaftlichen Grund und Bodenbesitzes, zersprengen. Und in der That, wir sehen jetzt unsere habgierigen Reformatoren an diesem „edlen“ Werke arbeiten.

(Schluß folgt.)

\*) Bemerkenswerth ist das Geständniß eines Gutsbesizers, daß er der Walunew'schen Kommission machte. Die schlechte Lage der Landwirtschaft, sagte er, liegt darin, daß die Regierung die Bauern „mit einem Anteil an Grund und Boden“ enterbt habe.

— Am 9. d. M. wurde der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, Hermann Helbig, in früher Morgenstunde verhaftet und eingesperrt. Weßhalb, wissen die Götter.

— Berichtigung. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in einer früheren Nummer das italienische Blatt „Il Dovero“ als sozialistisches Blatt angeführt sei. Die betr. Stelle haben wir nicht finden können. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Druckfehler: Povero, statt Dovero. Il Dovero ist unzweifelhaft ein mazzinistisches, und folglich antisozialistisches Organ.

## Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus“ von F. R.

(Schluß)

Die Zwangsarbeit stände also in ziemlich sicherer Aussicht, ich will nicht sagen, als Regel, aber doch wohl als sehr häufige Ausnahme. Ich denke da nicht an eine vorübergehende Zwangsarbeit, sondern ich meine die Arbeit in einem dem Individuum vom Staat aufgezwungenen Lebensberufe. Heutzutage wirken bei der Berufswahl unter Umständen eine ganze Reihe von Faktoren mit: die Neigung und Befähigung des Betreffenden, die Vortheile, welche der in Aussicht genommene Beruf für das Fortkommen im Leben bietet, der Wille oder Rath der Eltern und die Mittel, welche ihnen zur Verfügung stehen.

Wie würde sich nun die Wahl eines Berufes im sozialdemokratischen Staate machen? Da läme zunächst wohl auch die Neigung des Wählenden in Betracht, der gute Rath der Eltern bezügleichen. Die Mittel würden keine Sorgen verursachen, denn der sozialdemokratische Staat gewährt allen Unterricht ganz frei. Aber wie, wenn nun der Jubrand zu einzelnen Berufsarten übergroß würde, bei anderen es aber an Candidaten fehlte? Da müßte schließlich der Staat selbst durch seine Organe entscheiden lassen und den Einzelnen ihren Beruf bestimmen. Und zwar würde dies nicht die Ausnahme, sondern höchst wahrscheinlich die Regel sein. Wachen wir uns darüber keine Illusion; ähnliche Erscheinungen, wie sie der Andrang nach den Städten seit der Einführung der Freizügigkeit aufweist, würden in noch höherem Grade und in noch viel unvernünftigerer Weise hervortreten, wenn das Erreichen gewisser Lebensstellungen scheinbar Jedem möglich gemacht wäre. Der Staat müßte also unbedingt sein Rechtwort sprechen durch seine Beamten; denn er muß für die Arbeit, deren Organisation er an sich genommen hat, die nöthigen Arbeiter haben. Es wird also von der Auffassung dieser Beamten und ihrem guten Willen abhängen, ob der Einzelne diesem oder jenem Berufe zugewiesen wird. Setzen wir den guten Willen voraus — aber Sie wissen, wie gerade in den demokratischen Staaten über Parteifreiheit, Nepotismus, Beschränkung der durch das allgemeine Stimmrecht gewählten Beamten geklagt wird —, setzen wir aber trotzdem den besten Willen voraus, so bleibt doch die Fertigmachung der Beamten. Marx sagt einmal mit Recht von gewissen heutigen Gesetzen, „sie beruhen auf der fictio juris (Rechtsfiktion), unbegründeten selbsttrügerischen Annahme“, daß jeder Mensch eine encyclopädische Baarentenntniß besitze.“ Mit noch größerem Rechte aber könnte man von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate sagen, er beruhe auf der Fiktion, daß Jedem, der in diesem Staate zum Beamten gewählt werde, damit auch der nöthige Verstand zu Theil werden müsse. Diese Beamten müßten aber geradezu Verstand und Wissen in übermenschlichem Maße besitzen, wenn sie Aufgaben, wie die von mir angeedeutete, auch nur halbwegs erträglich lösen sollten. Solche Leute giebt es aber nicht; allwissend und infallibel werden auch die Beamten des sozialistischen Staates nicht sein. Sie werden also sehr oft jungen Leuten Berufsarten ostromiren, welche ihnen gar nicht zuzagen, für welche sie nicht gekonnt sind. Und das ist eine Tyrannei, neben welcher die der despotischen Bürokratie in einem absoluten Staate eine reine Bagatelle wäre.

Solche Eingriffe in das erste aller Wahlrechte, das Recht der Berufswahl, erscheinen mir wenigstens als die ärgste Tyrannei, die es geben kann. Lieber lebenslang mit Nahrungsorgen kämpfen müssen, als in die Tretmühle eines Berufes gezwungen sein, der einem zumider ist und von dem man sich doch nicht losmachen kann! Denken wir uns einen reichbegabten Menschen gezwungen par ordre du moukti, lebenslang geisttödtende Arbeit in einer Radelfabrik zu verrichten — das ist ein Jammer, mit dem der Mangel an gewissen materiellen Genüssen gar nicht verglichen werden kann.

Sie werden mir vielleicht erwidern, daß auch unter den jetzigen Verhältnissen Irrethümer bei der Berufswahl vorkommen.

— Die Bourgeoisie und die Wissenschaft. Wir erhalten folgende Zuschrift: Von den Vornämern, welche die Vertreter des Geldsacks und der heutigen Gesellschaftsordnung den Sozialdemokraten machen, ist der, daß alle Wissenschaft im sozialdemokratischen Staate vernichtet werden und nur der roheste Materialismus herrschen würde, einer der gewöhnlichsten. Daß im Gegentheil in heutigen Staate die Wissenschaft nur die Dienerin des Geldsacks ist, daß es der Bourgeoisie nicht um eine unversälfchte wissenschaftliche Wahrheit zu thun ist, sondern daß nur ihr Interesse der einzige Gesichtspunkt ist, von welchem aus sie die Wissenschaft betrachtet, verweigert sie selbstverständlich. Wie aber im heutigen Ausbeutungsstaate die Wissenschaft demüthigt, ja welche Mittel anboten werden, um dieselbe zum Vortheile des Kapitals verwenden zu können, mag statt weiterer Betrachtungen eine Thatsache zeigen: Im Jahre 1876 erschien bei Otto Spamer in Leipzig ein Buch von dem rühmlich bekannten Gelehrten Dr. Stein in Frankfurt: „Das Licht zc. zc.“, in welchem die Fortschritte der Photographie und der mit dieser verbundenen Photolithographie besprochen werden. Von allen Instituten in Deutschland, die sich mit Photographie beschäftigen, ließ Dr. Stein Proben ihrer Erzeugnisse anfertigen, um sie seinem Werke einzuzerleiben. So sandte er dem photolithographischen Institute von H. Graap in Weimar, jetzt in Leipzig, die mikroskopische Vergrößerung eines Insektenflügels, um dieselbe auf photolithographischem Wege zu vervielfältigen. Da jedoch — wie der Vertreter des genannten Instituts, Friedrich Graap, selbst zugestehet — in dem fraglichen Institute keine Photolithographie hergestellt werden konnte, so wurde, um dem Produkte nur einigermaßen den Schein echter Photolithographie zu geben, ein Farbenton über das hervorgebrachte sogenannte photolithographische Produkt gedruckt, und die so veränderten Drucke dem Dr. Stein zugesandt. Damit aber nicht genug, es ward vielmehr der von Dr. Stein verlangten sog. Photolithographie noch eine kleine Gebirgskarte von Oesterreich und Mitteldeutschland beigelegt, die, statt durch Photolithographie, durch Kreidezeichnung hergestellt worden war, die aber dem Dr. Stein, dem Manne der Wissenschaft, als wirkliche Photolithographie übersandt wurde. Dr. Stein sagte beide Produkte seinem Werke bei und belobte das betr. Institut, ja schrieb in der „Frankfurter Zeitung“ einen besondern Artikel, in welchem die photolithographischen Erzeugnisse jener

Gewiß, aber erstens ist es ein ganz ander Ding, wenn Jemand sich jagen muß, er habe einen Fehltriff gemacht, oder seine Eltern hätten in besser Meinung für ihn falsch gewählt, als wenn er sieht, daß ein Beamter, der ihn nichts angeht, der vielleicht gegen seine Familie Feindschaft hegt, oder der Andere begünstigen wollte, ihm einen verhassten Beruf aufgezwungen hat. Es ist ein ander Ding, wenn Jemand aus Mangel an Geldmitteln oder aus Unkenntniß der einzuschlagenden Wege einen Beruf, für den er eine Fortliche hat, nicht ergreifen kann, und ein anderes, wenn ihm diese Möglichkeit von den Vertretern der staatlichen Allgewalt benommen wird. Mit der ersteren Unmöglichkeit verfährt man sich viel leichter, als mit der letzteren.

Heutzutage ist Jedem wenigstens prinzipiell die Möglichkeit gegeben, sich aus den ungünstigen Verhältnissen herauszuarbeiten und einen andern Beruf zu ergreifen. Anzahlige Beispiele beweisen diese Möglichkeit, viele in glänzender Weise, und in dem Bewußtsein dieser Möglichkeit liegt etwas außerordentlich Veröhnendes für diejenigen, welche einen Beruf erwählt haben, der ihnen nicht zuzagt. Darin wäre es aber im sozialistischen Staate anders. Bei dem besten Willen könnten keine Leiter den Zwang in dieser Richtung nicht vermeiden und ebenso wenig es verhindern, daß dieser Zwang von untergeordneten Behörden oft in vergrößerter Weise geübt würde. Es wäre nicht Alles schöner im Staate des allgemeinen Kollektivbesitzes, als in unseren jetzigen Staaten, Herr F. R.!

(Auf Wunsch des Verfassers wird hiermit die Entgegnung abgebrochen.)

## Correspondenzen.

London. Da ich wieder zum Agenten des „Vorwärts“ vom hiesigen Comm. Arbeiterbildungsverein ernannt wurde, fordere ich, da das Quartal bald zu Ende ist, die Abonnenten des „Vorwärts“ und Alle, die auf dieses Blatt abonniren wollen, auf, die betr. Abonnementgelder spätestens bis 25. d. Mts. an mich gelangen zu lassen. Für diejenigen Abonnenten, welche bis zu obigem Tage den „Vorwärts“ nicht abbestellen, wird derselbe weiter bezogen. Die Parteigenossen werden aufgefordert, für die weiteste Verbreitung dieses unseres Parteiorgans um so mehr Sorge zu tragen, als wir hier kein Parteiorgan haben und nur durch den „Vorwärts“ von den Parteiverhältnissen aller Länder unterrichtet werden. Jeder Parteigenosse soll es sich zur heiligen Pflicht machen, dem Blatte stets neue Leser zu gewinnen. Die Abonnementsbeträge werden von mir in den Versammlungen und in meiner Wohnung entgegengenommen. Die Preise sind für England: wöchentlich 3 mal bezogen 3 Exemplare 7 Sh. 6 P.; 2 Expl. 6 Sh., 1 Expl. 4 Sh. 2 P.; wöchentlich 1 mal bezogen 1 Expl. 3 Sh. Auch besorge ich die „Neue Welt“, à Post 4 1/2 P.; Einbanddecken zu derselben à 1 Sh. 6 P. Die „Neue Welt“ wird auf Verlangen auch nachbestellt, sowie alle sozialistischen Schriften durch mich bezogen werden.

B. Hoffmann,

37 A Princess Street, Leicesters Sq. London W.

Mailand, 6. März. Vor der Arbeiterbewegung, welche sich von Jahr zu Jahr mehr Bahn bricht, stehen unsere „Regierer“ — um mich eines trivialen Ausdrucks zu bedienen — wie der Doh vor dem neuen Thor. Sie sehen wohl die Wirkungen, haben aber, wie dies nicht anders möglich ist, nicht den Rath, den Ursachen nachzuforschen. Es wird daher an der „sozialen Frage“ herumexperimentirt. So wurde z. B. vom Ministerium eine Kommission zum Studium der Frage der Arbeitsstellungen ernannt, welche ihre Arbeiten begonnen hat. Nach dem Berichte derselben fanden in den Jahren 1862—1877 in Italien 400 Arbeitsstellungen statt; selbstverständlich hat die Kommission ihr „Studium“ nicht auf die Ursachen, welche die Arbeits-

\*) Ueberlegen Sie doch einmal, wie viele Menschen jetzt die freie Wahl ihres Berufes haben. Sie müssen aber die arbeitenden Klassen (Arbeiter, Handwerker, Bauern) kurz neun Zehntel des Volks nicht übersehen. Und dann fragen Sie sich doch, mit welchem Recht Sie annehmen, daß die Pädagogen, denen wir Sozialisten die Erziehung des Volks anvertrauen wollen, die jugendlichen Individualitäten vergewaltigen würden. Wir dächten, die erste Pflicht eines Pädagogen wäre, die Individualität jedes einzelnen Schülers zu studiren, und dementsprechend das Kind zu erziehen, und für einen Beruf vorzubereiten. Glauben Sie, daß die künstliche Generation der Pädagogen schlechter sein wird, als die gegenwärtige? Wir dächten: umgekehrt! R. d. S.

\*) Sie scheinen zu denken, daß jeder Beamte ein Tyrann und jeder Nicht-Beamte ein Hummel sein müßte, der sich von jedem „Borgesezten“ knuffen und puffen läßt. Sie sprechen zu viel in der heutigen Welt. R. d. S.

Anstatt gebührend herausgestrichen wurden. Der Zweck war erreicht, eine Reklame erzielt — der Wissenschaft war ein Schnippen geschlagen. Was kümmert auch heutzutage die Wissenschaft den Geldsack, so lange sie nicht in seinem Dienste arbeitet. Doch noch mehr! Dasselbe photolithographische Institut sendet zur Ausstellung nach Philadelphia eine sog. photolithographische Wandkarte von Nordamerika — die wiederum nichts weiter als eine geschickte Nachahmung durch Kreidezeichnung war — und wird für seine „Photolithographie“ prämiirt! — Daß im sozialdemokratischen Staate solche gewöhnlichen Täuschungen unmöglich sind, ist natürlich. Trotzdem winkelt unsere bezahlte und nicht bezahlte sog. liberale Presse über den Untergang der Kunst und der Wissenschaft im sozialdemokratischen Staate. Blüht der sozialdemokratischen Presse aber sollte es sein, durch Sammlung von Beispielen dem Geldsack die Larve vom Gesicht zu reißen.

— Abwechslung muß sein. Damit nicht lauter Sozialdemokraten wegen „Majestätsbeleidigung“ eingesperrt werden, wurde in Bamberg ein — Gensdarm wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der bairische Kaupenhelm scheint sich mit der preussischen Bildhauenseligkeit nicht sonderlich vertragen zu können.

— Doktor und Gimpel. In Grimma wurde vom dortigen Schulvorstande ein Oberlehrer auf Grund eines „Doktor“-Diploms angestellt, welches sich später als eine große Fälschung erwie. Obgleich das Diplom im haarsträubenden Latein abgefaßt, weder mit einem Universitätsiegel noch mit der Unterschrift auch nur eines Professors versehen war, ließen sich die wohlweisen Schulvorstände democh pressen. Der Herr Oberlehrer hatte nichts Eiligeres zu thun, als vor Entdeckung der Fälschung namhafte Summen anzuborgen und das Beste zu suchen. Die „gebildeten“ Schulvorstände, welche den Doktor-Titel zur Befähigung als Lehrer für unumgänglich notwendig erachteten, wurden abel angeführt, was nicht sehr vortheilhaft für ihre Bildung zengt.

— Was einer Redaction Alles zugemuthet wird. Wir erhalten folgende Zuschrift auf einer Postkarte:

„Rülhelm, den 5. März 1878.  
Werthe Parteigenossen! In Ermanglung von Adressen der Vogelhandlungen in Leipzig erlaube ich mir die Bitte, mir durch eine dortige Vogelhandlung gegen Kaution zwei Kanarienvögel (seine Weibchen) zu senden zu lassen. Doffe mit meinen Wunsch erfüllen zu wollen. In aller Achtung (folgt Name und Adresse).“

einstellungen veranlassen, ausgedehnt. Es ist ferner aus dem Bericht ersichtlich, daß nur ein Schiedsgericht besteht, welches während eines Streikes in Como gebildet wurde. Der italienische Arbeiter, besonders aber der Landarbeiter, ist anspruchslos und bedürfnislos; er ist zufrieden, wenn er so viel verdient, um sich notdürftig kleiden und mit „Polenta“ (ein aus Weizenmehl und Wasser bestehender brotähnlicher Brei) sättigen zu können. Die meisten dieser armen Leute haben ihr ganzes Hab und Gut auf dem Leibe, nur Wenige haben einen doppelten Anzug, Stiefel mit Ledersohlen sind — namentlich in Oberitalien — ein Luxus. Trotz der weltbekannten Genügsamkeit der italienischen Arbeiter sind die Arbeitgeber doch noch bemüht, den Lohn herabzubringen. Die Arbeiter werden durch ein derartiges gewissenloses Vorgehen der Ausbeuter zur Arbeitseinstellung gezwungen; sie ziehen es, wenn sie schon hungern sollen, vor, dies außer Arbeit als trotz anstrengender Arbeit zu thun. In der Provinz Verona ist ein Strike der ländlichen Arbeiter, 1800 an der Zahl, welche bei den Flußregulirungen beschäftigt sind, ausgebrochen; sie verlangten, da die Löhne unzureichend waren, Lohnaufbesserung. Da sie den Anforderungen der Arbeitgeber sich nicht gutwillig fügen wollten, wurde Militär requirirt, welches von den Waffen Gebrauch machte und mehrere der „Rebellen“ verhaftete. Es ist im „einigen“ Italien um kein Jota anders als anderswärts; wenn das Volk Brot verlangt, werden ihm „blaue Bohnen“ geboten. Ob die oben erwähnte Kommission diesen Fall „studiren“ wird, ist sehr fraglich. Die Arbeiter liefen sich durch die Soldaten nicht einschüchtern und verharren auf ihren Forderungen; die Noth, wenn sie auf die äußerste Spitze getrieben wird, ist stärker als die Bajonette. — In Krankheitsfällen ist für die Arbeiter auch sehr schlecht gesorgt. Die gegenfeitigen Unterstützungskassen erweisen sich als unzulänglich, weil sie die Kranken nur eine kurze Zeit unterstützen, so daß viele derselben ohne Hilfe bleiben müssen. Die Buchdrucker haben die beste Vereinigung, sind daher in der Lage, die Rechte der Arbeiter gegen die maßlosen Anforderungen der Kapitalisten zu verteidigen.

Wie die „Heiligkeit der Ehe“ in den „höheren“ Kreisen aufgefaßt wird, beweist die Anklage, welche von der Presse gegen den Minister des Innern, Crispi, wegen Bigamie (Doppelhe) erhoben wurde. Dieser Vertreter der „Ordnung“ heirathete am 26. Januar eine Dame von „hoher Geburt“, obgleich er vor mehreren Jahren auf Malta von einem katholischen Priester mit einer anderen Dame getraut worden war. (Crispi ist Katholik, nach katholischen Dogma ist aber die Ehe untrennbar, d. h. vor dem Ableben des einen Theiles darf der andere Theil keine Ehe eingehen.) In seiner zweiten Heirath ließ sich Crispi vom Justizminister — der von der ersten Ehe wußte, einen Dispens ausstellen, welcher von dem gegenwärtigen General-Procurator (Oberstaatsanwalt) von Neapel unterzeichnet war. Der Bürgermeister von Neapel, welcher von der Ehe ebenfalls wußte, vollzog in Folge des Dispenses die Civiltrauung, ohne dem zu Trauenden die erforderlichen Dokumente abzuverlangen. Nach dem damaligen neapolitanischen Gesetze war die Ehe, wenn sie nicht in die Civilregister eingetragen war, allerdings nicht gültig; nach kirchlichen Begriffen aber ist die Ehe ein „Sacrament“ und als solches heilig zu halten. Crispi setzte sich aber über die Heiligkeit des „Sacramentes“ und über die moralische Verpflichtung hinweg und heirathete eine Andere. Eine schöne Illustration zu der Heilmerei der Liberalen von der „Aufhebung der Ehe“. Crispi hat sich, man mag das Ding drehen wie man will, der Bigamie schuldig gemacht und die höchsten Behörden des Landes waren seine Helfershelfer. Seine erste Frau ist bereits klugbar aufgetreten und ist abzuwarten, wie sich dieser Ehrenmann aus der Schlinge ziehen wird. Die Aufregung, welche dieser Fall im Volke hervorrief, veranlaßte Crispi seinen Ministerposten niederzulegen, was von Niemandem bedauert wird.

**Braunschweig, 5. März.** 442 „Bettler“ sind im Februar in unserer Stadt verhaftet, natürlich lauter „Strolche und Bagabunden“. Rührt sich denn gar nicht das öffentliche Gewissen? Schreit solche That nicht zum Himmel? Unter jenen 442 befindet sich entweder ein großer Theil durch die Noth gedrangener Leute und dann fragen wir: Wo bleibt die Hülfe der Gesellschaft? Gut genug sind die Armen, um für das „Waterland“ Leben und Gut hinzugeben, diejenigen zu schützen, welchen es im Waterlande wohl ergeht (des Armen Eigenthum bedarf nicht so complizierten Schutzes; singt doch bereits Horaz: Nam ridet vacuus coram latrone viator, wer nichts hat, kann vergnügt lachen, selbst wenn er dem Räuber begegnet, ihm kann doch nichts genommen werden). Ober wir nehmen an, die 442 Verhafteten wären wirklich der Auswurf der Gesellschaft, dann — wo bleibt das „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“? Dann müßten wir uns als die „verkommenste Nation“ betrachten. Wir „Waterlandelosen“ und „Reichsfeinde“ lieben unser Waterland zu sehr, um dieses anzunehmen; wir wälzen den Vorwurf des Verfalls an Volk und Waterland auf diejenigen, welche prohlen mit ihrer Nationalitäteliebe und dieselbe als Deckmantel für ihre unehrlichen Gelüste benutzen. Ueberall herrscht Noth, und statt daß dieses ein Sporn zum Mitleid sein soll, hilft man sich über solches hinweg, indem man alle Nothleidenden als Strolche und Bagabunden traktirt. Die Nothleidenden haben von Niemandem etwas zu hoffen, als von sich selbst. Wögen das die Arbeiter einsehen lernen; nur in ihrer Vereinigung können sie Hülfe finden. Die herrschenden Klassen betäufeln die Arbeitervereinigungen, dieses ist genug, um die Arbeiter anzuspornen, in solche einzutreten. Und wenn ein Arbeiter ein ganzes Menschenalter hindurch einer „Wohltätigkeits-Anstalt“ des Fabrikanten angehört und zu ihr gesauert hat, sowie er entlassen wird, dann wartet auf ihn das Schicksal, daß er als „Strolch und Bagabund“ behandelt wird. Durch die Vereinigung in Gewerkschaften ist dem Arbeiter wenigstens die Möglichkeit gegeben, dafür zu sorgen, daß er, wenn er eines Stücks Brod bedarf, nicht gleich als Bettler und Bagabund behandelt wird.

**Oskah.** Sonnabend den 23. Februar hatten wir in Böckner's Saale eine sehr zahlreiche besuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete W. Hofenclöver unter allseitigem Beifall über das Thema: „Die diesjährige Session des deutschen Reichstages“ referirte. Redner kritisirte zunächst die Orientpolitik Bismarck's und ging dann auf die dem Reichstage zugegangenen neuen Steuervorlagen ein, wobei er zu dem Resultat gelangt, daß sämtliche indirekten Steuern zu verwerfen seien, und statt derselben eine progressive Reichs-Einkommensteuer geschaffen werden müsse. Sodann geht Redner zu den mangelhaften Anträgen zur Abänderung der Gewerbeordnung über, welche den Arbeitern sehr wenig Schutz gewähren, und macht schließlich den Anwesenden klar, wie schwer es den Sozialdemokraten wird, ihre Anträge im Reichstage wegen Mangel an Unterschriften einzubringen. Daher müsse Jeder, der das wahre Menschenwohl befördern helfen wolle, bei nächster Wahl für einen Sozialdemokraten eintreten. — Da sich zur Entgegnung kein Gegner meldete, wurde die Versammlung geschlossen. A. St. **Geislingen.** In Nr. 22 des „Vorwärts“ wurde ein Ulas des hiesigen Fabrikbesizers Straub veröffentlicht, in welchem er den Wunsch ausdrückte, daß „sine“ Arbeiter mit 15 Geschäfts-

leuten — deren Namen genannt wurden — „nicht mehr geschäftlich verkehren“ möchten, d. h. auf gut Deutsch: den Arbeitern wurde zugemuthet, ihre Bedürfnisse nur bei dem Herrn Fabrikanten genehmen Geschäftsleuten einzukaufen. Der Grund, weshalb die Geschäftsleute von dem allmächtigen sein mollenenden Fabrikpapa in Acht und Bann erklärt wurden, ist folgender: Mitte Dezember v. J. fand eine Gemeinderathswahl statt, bei welcher die Geschäftsleute den Rath hatten, gegen den Fabrikanten zu stimmen. Dieses „Verbrechen“ mußte bestraft werden und es erschien der bereits erwähnte Ulas. Diese kaum glaubliche Unverschämtheit beweist, daß das Brodrententhum überall dominiren will und sowohl die Kleinrentenbetreibenden als auch die Arbeiter als seine allerunterthänigsten Bedienten betrachtet, die es nicht wagen dürfen, eine eigene Meinung zu haben. Der Arbeiter soll — nach der Meinung derartiger Sklavenhalter — nicht einmal berechtigt sein, über den bitter verdienten Hungerlohn nach Belieben zu verfügen; er soll auch außerhalb der Fabrik nach der Pfeife seines „Brotgebers“ tanzen, sich dessen Willen unterwerfen. Die grenzenlose Anmaßung des Schlotjunktens hat nicht nur den betreffenden Geschäftsleuten, sondern auch den Arbeitern die Augen geöffnet; sie ist wieder ein Beweis von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“.

Es geht bei uns auch sonst noch sehr „gemüthlich“ zu. Am 23. Febr. sollte hier ein Vortrag über „Lassalle's ebernes Lohngesetz“ gehalten werden. Die Behörde hatte nichts Eiligeres zu thun, als denselben zu untersagen. Warum? wissen die Götter! Vielleicht befürchtete man, daß ein derartiger Vortrag den Staat in Gefahr bringen könnte, oder man wollte es verhindern, daß die Zuhörer zum Nachdenken über unsere so schöne „göttliche Weltordnung“ angeregt werden. Kennzeichnend ist und bleibt es, daß im Schooße des „Denkervolkes“ sich „geistige Größere“ finden, welche den Sozialismus mit solchen Fliegenklappen todtzuschlagen wollen. Bei Betrachtung derartiger Polizeikunstküchlein wird man unwillkürlich an das Sprichwort erinnert: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Nebenher sei noch erwähnt, daß der Herr Oberamtmann, der die Abhaltung des erwähnten Vortrages untersagte, ein intimer Freund des Fabrikbesizers und Ulaschreibers Straub ist. Sollte vielleicht — ??

**Mainz, 28. Febr. Samstag, den 23. Febr.** hielten wir eine Volksversammlung im Saale des „Heiligen Geistes“ ab, welche sehr zahlreich besucht war. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung „Die orientalische Frage und die deutsche Diplomatie“ referirte Hr. F. Jöst gründlich und in allseitig befriedigender Weise. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Volksversammlung protestirt einmüthig und energisch gegen die Kultur, die Freiheit und Wohlfahrt der Völker überhaupt und die Interessen des deutschen Volkes insbesondere auf Schwere schädigende Politik der deutschen Reichsregierung und fordert von letzterer, daß sie von jetzt ab den culturfeindlichen Anmaßungen der despotischen Czarenregierung mit allen Mitteln entgegenetrete und ihren ganzen Einfluß aufwende, daß zwischen den beiden kriegführenden Mächten baldigst ein die Interessen aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde.“ Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung „Die Steuerfrage“ ergriff Hr. Lehendeker das Wort und wies in einer zwar kurzen, aber gebihrigen Rede nach, wie man es verstanden habe, durch unser heutiges Besteuerungssystem die Armen zu belasten. Alsdann sprach Hr. Buchs noch über denselben Gegenstand. Allen Rednern sollte die Versammlung reichen Beifall.

Sonntag, den 24. Febr. hatten wir eine Volksversammlung in Ober-Ingelheim (im Wahlkreis Bamberger), welche gut besucht war. Tagesordnung: 1) Die Orientpolitik. 2) Die Grund- und Bodenfrage. Hr. F. Jöst übernahm das Referat über beide Punkte und entledigte sich seiner Aufgabe vortrefflich, auch hier wurde die obige Resolution einstimmig angenommen. Wir können mit Freuden konstatiren, daß auch hier die sozialistische Idee gut Wurzel faßt.

Das Agitations-Comité.  
John Stod, Schriftführer.

### Erklärung.

Dresden, 6. März 1878.

In der Großenhainer Correspondenz der Nr. 26 des „Vorwärts“ ist meiner in einer Weise gedacht, die mich vor den Genossen in einem sehr schiefen Licht erscheinen lassen muß und mich deshalb zu einer Nichtigerklärung des Thatbestandes zwingt. Nach der Schilderung der „Parteigenossen Großenhains“ muß man nämlich annehmen, daß eine Nachlässigkeit meinerseits an meinem Richterscheintönnen in der betr. Versammlung schuld gewesen sei. Die Sache verhält sich jedoch ganz anders. Tags vor der projectirten Großenhainer Versammlung referirte ich in Mittweida, wo ich übernachtete, um nächsten Tage Mittags 1 Uhr 55 Min. abzureisen und so zu rechter Zeit in Großenhain zu sein. Den meisten Genossen ist nun hinreichend bekannt, daß ich infolge einer erhaltenen schweren Verwundung an den Weinen nicht im Stande bin, größere Strecken zu Fuß zurückzulegen. Ich mußte deshalb auch in Mittweida von der Stadt nach dem eisernen Bahnhofs fahren, und war die Herbeischaffung eines Wagens selbstverständlich Sache der dortigen Genossen. Durch einen Irrthum der letzteren aber, an dem ich keinen Antheil habe, war zur bestimmten Zeit kein Gefährt zur Stelle, infolge dessen ich denn den Zug veräumte, trotzdem ich im letzten Augenblick noch die Bahn zu Fuß zu erreichen suchte, was aber sowohl der Kürze der Zeit, als besonders meiner Uebermüdung halber nicht möglich war. Der nächste Zug aber ging so spät, daß ich erst nach 10 Uhr Nachts in Großenhain eingetroffen wäre. Ich muß daher auf mein Erscheinen in jener Versammlung — unverschuldet — wohl oder übel verzichten und thut das auch den Großenhainer Genossen sofort durch Telegramm zu wissen, in welchem — was der Schreiber der betr. Correspondenz zu erwähnen vergaß — ausdrücklich bemerkt war, daß an meinem Nichtkommen die Wittweidauer Genossen die Schuld tragen. Daran, sowie daß sie nichts, was sie je von mir gehört haben, berechtigt, meine Angabe für unwahr zu halten, hätten die „Parteigenossen Großenhains“ bei Abfassung ihres Berichts denken sollen. Den Zweck, welchen letzterer verfolgt, nämlich die auch nach meiner Erfahrung in dieser Beziehung häufig zu wünschende übrig lassenden Referenten an mehr Präcision, besser gesagt Gewissenhaftigkeit zu gewöhnen, kann ich, wie jeder eifrige Genosse, nur billigen und hoffen, daß er erreicht wird. Unangenehm ist es mir, daß es aber, in löblicher Wahrnehmung seiner eigenen und der ganzen Partei berechtigten Interessen einen Genossen in ungerechtfertigter Weise zu nahe zu treten und ihn in den Augen aller Genossen zu schädigen, wie es mir durch die total unbegründeten Angaben der betr. Correspondenz geschehen ist. Ich bin gewiß der Letzte, der eine berechnete und wohlwollende Correctur richtigerweise zurückwies, würde sie vielmehr gerne ad Notam nehmen und ihrem Urheber dankbar sein. Um so weniger aber lasse ich mir un-

gerechtfertigte Zurückweisungen gefallen. Seit ich agitire, hat sich noch Niemand über meine Pünktlichkeit und meinen Eifer zu beklagen gehabt. Wenn jeder Referent so handelt, dann werden sich weder die Großenhainer noch andere Parteigenossen darüber zu „wundern“ brauchen, daß „unter solchen Umständen ihre Versammlungen noch so gut besucht sind.“  
Georg Bollmar.

### Zur Beachtung für Töpfer!

In der Eisen- und Thonwaren-Fabrik von Spielmann und Bessely bestanden die Gesellen die Arbeit am 4. März ein, weil die betreffenden Fabrikanten einen neuen Lohnarif vorlegten, durch welchen der Lohn um nicht weniger als 25 Procent reducirt werden soll, trotzdem die Herren Fabrikanten den 1874 gemeinschaftlich gemachten Tarif bis dato anerkannt haben. Ferner soll die Arbeitszeit um 1 Stunde verlängert werden. Alle Unterhandlungs-Versuche sind an der „Humanität“ der betreffenden Herren Fabrikanten gescheitert. Collegen, da wir die Arbeitseinstellung mit der festen Ueberzeugung aufgenommen haben, daß nicht bloß unsere Existenz, sondern die der Töpfer ganz Deutschlands in Gefahr ist, indem wir den Tarif angenommen hätten, es bald die andern Meister ebenso gemacht hätten, so eruchen wir Euch, so viel wie möglich in diesem Kampfe zu unterstützen und durch keinerlei Verpöhrungen und Machinationen Euch bewegen zu lassen, die Stellen der Ausgeschlossenen zu besetzen und jeden Zugang fern zu halten.

Ferner mache ich die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Töpfer-Vereins darauf aufmerksam, daß die Arbeitseinstellung in obiger Fabrik von Seiten des Vorstandes als Vereinskache erklärt worden ist.  
Hamburg, den 4. März 1878.

Mit collegialischem Gruß  
A. Barbi,  
Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Töpfervereins.  
Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.  
D. C.

### Briefkasten

der Redaktion. W. I. in Schwelm: Wenden Sie sich an den Ausschuh der Metallarbeiter-Gewerkschaft in Braunschweig, Adresse Schöler. — J. U. in Wöhren: Wenden Sie sich an die Redaktion der „Westfälischen Freien Presse“ in Dortmund, der die Sache entnommen ist. — R. A. in Bern: Lassen Sie öfter etwas von sich hören. — E. in Augsburg: Die Adresse ist: Rue Dunkerque 6, Paris; wegen des Jacobyns wenden Sie sich nach Königsberg. — der Expedition. Korbmacherbund Hamburg: Ihr Annoncendepot ist erschöpft. — Heims in Konstanz: Ihnen fehlt noch das letzte Heft, in welchem Sie auch das Inhaltsverzeichnis z. z. finden. Preis incl. Porto 40 Pfg. — Quittung. Adgr Halle Ab. u. Schr. 20,40. Schy Großenhain Schr. 33,00. Wmna Bodenheim Ab. 5,60. Rndmann Siegburg Ab. 13,30. Lud Hamburg d. Ab. Ab. 100,00. Jch St. Johann Schr. 25,00. Bundescomité Bern Ab. 2,50. H. Nisch Newyork Ab. u. Schr. 207,63. Jd Rndmnh Schr. 3,25. Eadrg hier Ab. 8,80. Stgmann Erfurt Schr. 3,00. Bil Frankenhauhen Schr. 5,80. Jms Konstanz Schr. 0,95. Nlsch München Schr. 3,65.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß sich meine Wohnung vom 15. d. M. ob Mittelstraße 11/11. bei H. Rndsch befindet und bitte ich, alle Zuschriften betr. Abhaltung von Versammlungen zc. von jetzt an dortin zu richten.  
Hannover, den 8. März 1878. H. Dehne.

### Berichtigung.

In Nr. 28 soll es auf Seite 64 des Artikels „Ein praktischer Staatsmann“ nach „Aufassung des Sozialismus“ statt voraus: aufheben, was hiermit berichtigt wird.

**Leipzig.** Central-Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeitergewerkschaft (Eingetr. Hilfskasse).  
Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr, bei  
Sunse, Kohnstraße 4b: [1,20]  
Versammlung  
und Aufnahme neuer Mitglieder.  
Zur Beachtung für alle hier zureichende Genossen, daß die obige Kasse nicht mit der Lokalkasse, welche sich Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend nennt, verwechselt, da selbige mit der Central-Krankenkasse nicht die geringste Verbindung hat.

**Leipzig.** Donnerstag, den 15. März, Abends 1/2 9 Uhr im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlstr. 7:  
Sozialistenversammlung.  
Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Lokalpresse. [60]  
Parteilisten sind vorzuziehen. Der Agent.  
Bei meiner Abreise nach Belgien sage hiermit allen Parteigenossen von Saarbrücken und Umgegend ein herzlichliches  
Lebewohl. [3,00]  
Martin Schottes, Eisenreger.

Im Selbstverlag des Verfassers in Heidelberg ist soeben erschienen:  
(26) [2,10]  
**Der Massenaustritt aus der Kirche.**  
Von Carl Scholl.  
Preis für Arbeiter: 10 Pfg. bei Rekrabnahme.

## Rundschau

### No. 3

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 2 abgerechnet haben.  
Sollten hier und da noch teingehaltene Exemplare der Nummern 1 und 2 übrig sein, so wird um deren Rücksendung gebeten.

Zur Agitation wie zur Gewinnung von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetragtes (für ein Kreuzband zu 10 Stk. 10 Pfg., zu 30 Stk. 20 Pfg., zu 60 Stk. 30 Pfg., über 60 bis 300 Stk. per Paket 50 Pfg.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „Vorwärts“ von uns zu beziehen. Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à 1/2 Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.  
Leipzig, im Januar 1878.

## Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comites finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an den Secretär C. Deroff, Volldamm Nr. 42 in Hamburg. (w.)  
Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Ködigsmarkt 12 in Hamburg.

Beranwortl. der Redaktion: Hermann Dörsig in Reudnitz-Leipzig.  
Redaktion und Expedition: Fährstraße 12, II in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.